

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **35 (1945)**

Heft 40

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

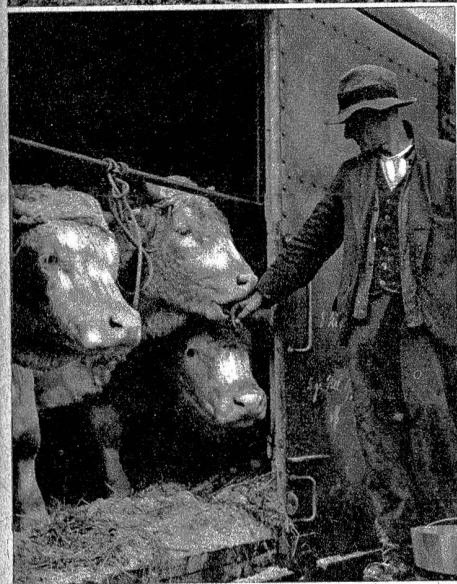
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Links: Eröffnung der 15. Freiburger Herbstmesse. «Einmalige» Gäste: Amerikanische Neger-Urlauber besichtigen in Begleitung von Trachtenfrauen die Abteilung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Hier imponiert ihnen ein Kartoffelgraber (Photopress)



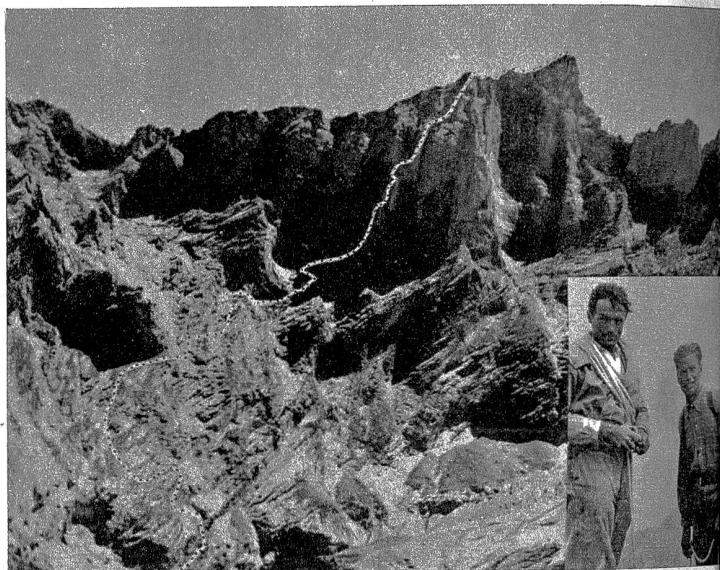
Rechts: Heissi Maroni gfeilig? Bundesrat Nobs offeriert sie! Zu einem wahren Farbenrausch gestaltete sich das Winzerfest, das im Rahmen der Schweizer Messe Lugano unter strahlendem Tessiner Himmel eine in Lugano noch nie gesehene Menschenmenge begeisterte. Links erkennen wir den Tessiner Regierungspräsidenten Prof. Fulvio Bolla, dann den spendefreudigen Bundesrat Nobs und rechts Nationalrat Francesco Borella (ATP)



Jahrhundertfeier der Zuger Offiziersgesellschaft. Aufnahme während der öffentlichen Totenehrung und Enthüllung des Soldatengrabes auf dem Zuger Friedhof St. Michael. Vor dem Grab erkennt man General Henri Guisan und Bundesrat Ph. Etter.

(Photopress)

Links: Unmittelbar nach dem Eintreffen des ersten Güterzuges aus der Tschechoslowakei, welcher 40 Wagen zählte, ging auch der erste Export-Güterzug nach der Tschechoslowakei ab. Schweizerisches Zuchtvieh soll den durch Besetzung und Krieg schwer mitgenommenen Viehstand wieder heben. (ATP)

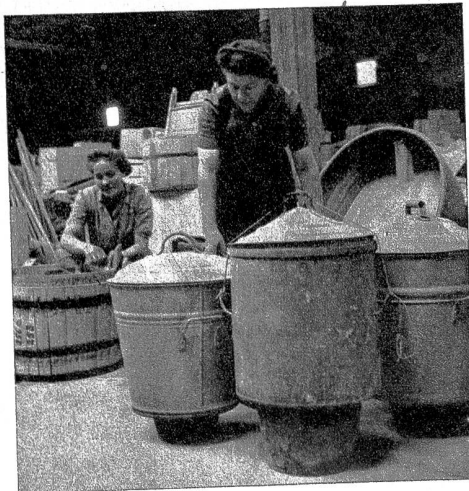


Erstbegehung der Gstellhorn-Westwand (Engelhörner)

Vor einigen Tagen wurde die Gstellhorn-Westwand von den beiden Haslitaler Bergführern Fritz Immer und Franz von Bergen erstmals durchklettert. Für die äusserst schwierige Klettertour benötigte die Partie von Rosenlauvi bis auf den grossen Gstellhorn-Gipfel (2855 m. ü. M.) 6 Stunden und 55 Minuten. Seit über 30 Jahren bemühen sich die besten Felspezialisten um den mehr als 1000 Meter hohen Wanddurchstieg. Unser Bild zeigt die Route der beiden Bergführer. Die grössten Schwierigkeiten waren in der oberen Wandhälfte zu überwinden; dachziegelartige, senkrechte Wandstufen und sehr ausgeprägte Quergänge. Die beiden Bergführer: links Fritz Immer und Franz von Bergen. (Photopress)



General Guisan wurde am Samstag in einer feierlichen Zeremonie das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Interlaken, die während des Krieges Sitz des Hauptquartiers des Generals gewesen war, überreicht. Unser Bild: Ein kleines Trachtenmädchen überreicht dem General die Ehrenbürgerurkunde (Photopress)



Das Schweizervolk hat den Ruf der Schweizer Spende verstanden und vor allem die Hausfrauen haben nicht gekargt, Hausgegenstände für die Kriegsgeschädigten bereitzustellen. Jetzt werden die grossen Lagerhäuser geräumt. Hier wandern Waschkessel, Zuber, Besen, Flaumer, Kochgeschirr, Teppiche, kurz alles, was in den zerstörten Heimaten der Kriegsgeschädigten fehlt, aus dem SBB-Lagerhaus von Renens ins kriegsversehrte Ausland. (ATP)



Am 21. Oktober wird in Frankreich das Schicksal der deskonstitution entschieden! Die Generalratswahlen führen bereits im ersten Wahlgang zu einem überwältigenden Sieg der Linken und ganz besonders der Sozialisten. Gefallen ist nicht nur die eminente Stimmbeteiligung, sondern vor allem die aktive Teilnahme der Frauen Frankreichs. (ATP)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Erste Bilanz nach der SBB-Sanierung

an- Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen gibt der schweizerischen Öffentlichkeit Rechenschaft über die derzeitige Lage des Unternehmens und über die Baupläne. Der einfache Bürger, der sich keinerlei Sorgen macht über die möglichen Auswirkungen veränderter wirtschaftlicher Faktoren, mag erwartet haben, dass nun die Rechnung der grossen eidgenössischen Transportanstalt «im Blei» sein müsse, da ja doch das Sanierungsgesetz angenommen, die Sanierung durchgeführt und somit alle Vorbedingungen gegeben seien, um eine ausgeglichene Abrechnung zu liefern. Aber der Verwaltungsrat der SBB sagt mit sehr einfachen Worten, dass im Budget 1946 ein *Passivsaldo von 25,6 Millionen* vorhanden sei — und das, obgleich man auf neuer, durch die Sanierung verbesserter Grundlage budgetiere. Wir möchten nun nicht jenen besorgten Gemütern das Wort reden, die auch für die Zukunft Jahr um Jahr dieselben Passivsaldo erwarten, die uns sagen: «Gerade so, und nicht einmal mit so grossen Summen, sind die SBB seit Jahrzehnten dahingeschlittelt und damit immer tiefer in die Schulden geraten» — wir möchten auch den düstern Propheten nicht Recht geben, welche uns belehren, dass wir allen möglichen Massnahmen zum Schutz gegen die Autokonkurrenz zum Trotz die Bahnen schliesslich nicht vor dem Bankrott retten könnten.

Aber etwas möchten wir festhalten: *Es liegt ein Jahr hinter uns, welches den Transportanstalten eine katastrophale Einbusse an Transporten brachte.* Der Transitverkehr hat gewaltig gelitten. Daher rühren die fehlenden Einnahmen. Zur Zeit, da uns der riesige Durchgangsverkehr die aussergewöhnlichen Einnahmen brachte, hielten sich sogar die «unsanierten» SBB im Gleichgewicht. Daraus geht hervor, dass jede Sanierung — und auch jede Betriebsführung auf der strengsten kaufmännischen Grundlage genau so in der Luft hängen wird, wie jedes kleinere oder grössere private Unternehmen, *solange wir nicht die Grundlage einer konstant blühenden — und wachsenden — Wirtschaft besitzen.*

Mögen all unsere Preis- und Lohnabbauer im Lande das einsehen! Möge der Himmel sie verschonen vor Einfällen wie etwa diesen: Durch eine gewaltsam herbeigeführte «allgemeine Verbilligungsaktion» (à la Duttweiler) die Grundlagen zu erschüttern, auf welchen unsere Binnenwirtschaft — und damit die inländischen Transporte der SBB — beruhen. Das Niederlegen auch dieser Säule, auf

welcher das Rechnungsgebäude der SBB beruht, könnte für Jahre Ausfälle bringen, welche schlimmer als die entgangenen Transiteinnahmen wirken würden.

Da ist es denn erfreulich, zu sehen, dass der SBB-Verwaltungsrat 40,8 Millionen Bauausgaben pro 1946 budgetiert, dass er die noch mit Dampf betriebenen Strecken durchelektrifizieren will, dass er zuhänden der Bundesversammlung wissen lässt, *die Baupläne könnten ohne die vorgesehenen Arbeitsbeschaffungskredite nicht durchgeführt werden.* Es ist so: Jeder Stillstand wäre Rückschritt — die Wirtschaft muss belebt werden — Arbeitsbeschaffung muss Einnahmen — über die dabei erforderlichen Ausgaben hinaus garantieren.

Die Revolutionswelle

Die Londoner Konferenz dauert weiter. Das ist die letzte verlässliche Nachricht über die vielumstrittene Institution des Aussenministerrates der «Grossen Fünf» und über ihr Funktionieren. Nach wie vor schwirren die unverlässlichen Pressenachrichten um London, wie die Fliegen an einem bösen, heissen Tage, und wenn man gewisse Stimmen für massgebend ansehen wollte, müsste man bestimmen: «Die Konferenz ist gescheitert». Und müsste diese lächelnd und melancholisch bedauernd beifügen: «Bereits setzt man die Hoffnung auf die nächste, im November stattfindende Konferenz». Einige Nachrichten mögen übrigens nicht weit neben der Wahrheit vorbeigehen. Beispielsweise jene über das Verlangen der Russen, statt

Rechts: An Bord der «Argentine» hat der Herzog von Windsor, der einstmalige Prince of Wales und spätere König Edward VIII. mit der Herzogin den Atlantik überquert, um sich einsteilen nach Paris zu begeben und vielleicht auch old England einen Besuch abzustatten. Unser Bild zeigt das Paar beim Verlassen der «Argentine» in Le Havre. (ATP)

Unten: In Zusammenarbeit mit der Schweizer Spende hat die Centrale Sanitaire Suisse (CSS) Hilfe in Form von Medikamenten, Instrumenten für Spitäler und Lebensmittel nach Süddeutschland gebracht und dort Heime für Opfer des Naziterrors geschaffen. Unser Bild zeigt Halb- und Vollwaisen von Opfern des Naziterrors, die jetzt in einem der prachtvollen Heime, welche die CSS auf der Schwäbischen Alp einrichtete, Erholung finden. (ATP)



Friedens-Jeep. Mit nur wenigen Abänderungen gegenüber dem Modell wird der berühmt gewordene «Amerikaner», der in Toledo im Staate Ohio weiterfabriziert. Er kostet rund 1000 Franken und beabsichtigt, sich wie im Kriege auch zur Friedenszeit vor allem als «Mädchen für Alles» zu betätigen. Vierradantrieb und weiter abgestuftes Achtgang-Getriebe erlauben die Verwendung als Traktor ebenso wie die Ueberlandfahrt des Geschäftsverkehrs, der seine 100 km-Geschwindigkeit einhalten muss. (ATP)

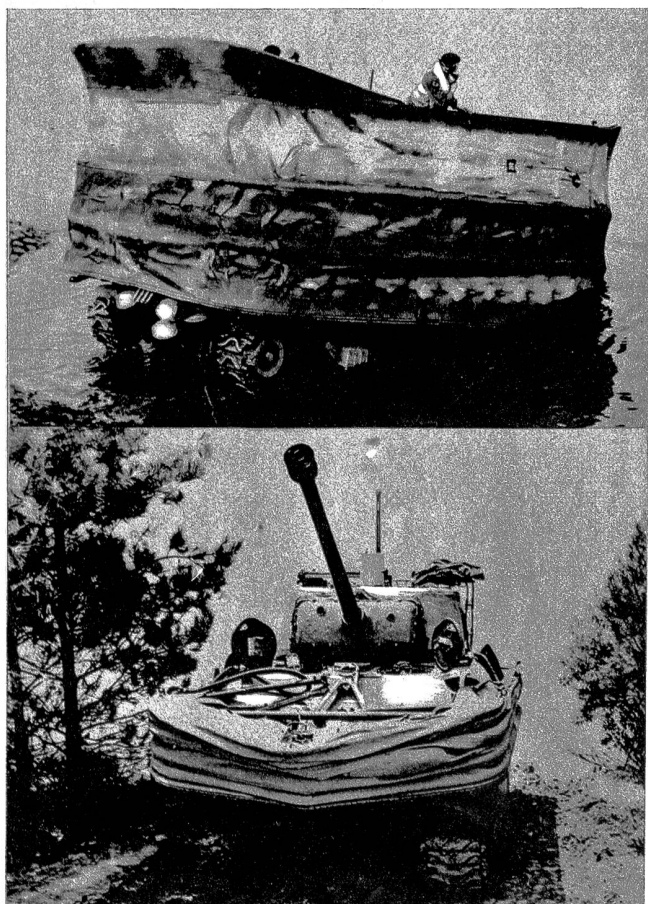
zu Fünfen wieder zu Dreien zu tagen. Denn sicherlich haben die mitredenden Franzosen die Verhandlungen kompliziert, und mit welchen Argumenten der Chinese in die Europa betreffenden Debatten eingreift, weiss man nicht. Dass von britischen Zeitungen gegen dieses Verlangen der Russen protestiert wurde, ist begreiflich. Denn im gegenwärtigen Moment, wo sich Frankreich um das Zustandekommen eines Westblockes bemüht, sekundiert es natürlicherweise England und koordiniert seine Interessen mit denen der Angelsachsen vielleicht mehr, als dies zu andern Zeiten der Fall gewesen wäre.

Verlässlich scheint auch die verbreitete Karte über die italienisch-jugoslawische Grenzziehung zu sein. Nach ihr fiel ganz Istrien an den kroatischen «Kanton» der jugoslawischen Konföderation, ausgenommen Triest. Die Grenze Sloweniens gegenüber Venetien würde dicht nördlich Triest beginnen, in einer wenig gekrümmten Linie bis nach Görz laufen, das Grenzstadt würde, den Isonzo überqueren und das mehrheitlich slowenische Gebiet fast ganz umfassen, die «slowenische Küste» ausgenommen, das heisst das westlich Triest liegende Mündungsgebiet des Isonzo. Man muss diese Regelung, die als «vorläufige» den Friedensverhandlungen mit Italien selbst zugrunde gelegt werden soll, im ganzen eine gerechte nennen. Was Triest und den schmalen Landsaum, der die Verbindung mit Venetien herstellt, angeht, dreht sich das Problem heute darum, ob nur der Hafen oder auch die Stadt internationalisiert, das heisst, den vier österreichischen Nachbarstaaten als Freihafen zur Verfügung gestellt werden solle. Italien möchte nur den Hafen hergeben — Triest aber als rein italienisch behalten. Jugoslawien will es für sich, weil es geographisch zum kroatischen Istrien und zur «slowenischen Venetia Julia» gehöre. Die Russen fügen bei: Und weil es verkümmern muss, falls es aus dieser natürlichen Verbindung gelöst wird. Die slowenischen und italienischen Arbeiter der Stadt — die Minderheit, stehen auf Seiten der Russen. Die Kaufmannschaft schwankt. Das Bürgertum in seiner Mehrheit, vor allem

die Hausbesitzer, wollen italienisch bleiben. Die Angelsachsen scheuen davor zurück, Italien «bis auf den Grund zu demütigen» und wollen ihm den Prestigeerfolg in Triest retten. Zum Schaden der Stadt, welche als internationales Gemeinwesen am besten gedeihen würde.

Die Balkanfragen in ihrer Gesamtheit bilden wahrscheinlich heute ein viel dornigeres Gebiet für die Konferenz als die restlichen Triestiner Probleme. Man muss sich fragen, ob hier überall mit ehrlichen Argumenten gestritten werde. Der Balkan war vor dem zweiten Weltkriege der Tummelplatz vieler ausländischer Kapitalinteressen, welche sich hier mannigfach kreuzten. Bekanntlich haben die Deutschen durch einen «gelenkten Aussenhandel» ihre Gegner schachmatt gesetzt. Globale Lieferungsverträge für ganze Jahresernten leiteten den rumänischen Weizen, das jugoslawische Holz und andere wichtige Nahrungsmittel oder Rohstoffe ins dritte Reich, und als Entgelt dafür erhielten diese Staaten deutsche Industrieprodukte und — deutsche Kapitalbeteiligungen, die die fremde Wirtschaftsmacht sich wie eine Zecke in den Volkskörper und in die Wirtschaft namentlich Jugoslawiens, dann aber auch Rumäniens einfressen liessen. Mit dem Ausbruch des Balkankrieges ging es um die rasche Liquidation auch jener englischen und französischen Kapitalwerte, die nicht so leicht beiseite geschoben werden konnten. Das war der Fall in den rumänischen Oelgebieten von Ploesti, das galt für vielerlei andere Sektoren in den beiden Ländern und auch in Bulgarien.

Die Siege der Russen hätten nun, falls Moskau den normalen Respekt vor wohl erworbenen Besitzrechten besässe, automatisch die Restitution all der Eigentumsrechte britischer und anderer «westlicher» Kreise nach sich ziehen müssen. Dazu gilt es in westlichen Ländern als selbstverständlich und ausgemacht, dass man, um ein Land wirtschaftlich zu erschliessen, Kapital nötig habe — und dass, weil die Balkanstaaten kapitalarm seien, sich selbstverständlich das Kapital der Siegermächte — das heisst auch



Ein Bild, das den Verantwortlichen teuer zu stehen kommen wird, ist in Japan den Amerikanern in die Hände gefallen. Es zeigt, wie Sumurai auf lebende Schützenscheibe schiessen. Die Opfer sind indische Kriegsgefangene, die auf dem Herzen eine kleine Scheibe tragen, während die Augen verbunden sind. In den wenigsten Fällen, so wie berichtet, wurde die Scheibe getroffen; aber dann machten die Samurai ihre wehrlosen, gefesselten und angeschossenen Opfer mit dem Bajonett nieder! (ATP)

Links: Anderthalb Jahre nach dem «Tage D» geben die Amerikaner eines ihrer Kriegesgeheimnisse bekannt: die schweren Tanks, die als Landungsboote bei der Invasion der Normandieküste verwendet wurden, waren mit wasserdichten Gummiüberzügen versehen, welche, sobald das Land erreicht wurde (unteres Bild) aufgekrempt werden konnten. Durch diese sinnreiche Erfindung blieben zehntausende von Soldaten während der gesamten Landungsoperation im gepanzerten Tank und waren dadurch vor den Maschinengewehrgeschossen der Deutschen gefeit. (ATP)

der westlichen — zwischen Karpathen und Aegäis, zwischen der Donaumündung und der Adria in grösstem Umfange beteiligen müsse. Wenn man sich nicht von den *Streitigkeiten um formaldemokratische Forderungen des Westens* leiten lässt, ist man überzeugt, *weswegen* es in London so unerhört harzt — wenigstens nach den Berichten der entenjagenden Journalisten: *Es geht um die Zulassung des westlichen Kapitals in der wirtschaftlichen Neuorganisation dieser Gebiete*, geht um alterworbene und nun bestrittene und um neue Besitzrechte, die erst noch erworben werden sollen.

Die jugoslawischen Linksparteien glauben, ohne diese fremden Kapitalien auskommen zu können. Für sie ist das Moskauer Beispiel massgebend. Danach könnten Konzessionen an ausländische Unternehmen nur befristet erteilt werden. Nach einer gewissen Zeit, das heisst, wenn sich die Anlagen bezahlt gemacht, müssten sie an den einheimischen Staat zurückfallen. So haben es bekanntlich die Russen gemacht, als sie — nur wenige Jahre lang — ausländischen Unternehmungen überhaupt Konzessionen erteilten. Im übrigen aber, und wieder nach dem russischen Beispiel, nehmen diese antikapitalistischen Kreise an, es sie möglich, eine neue Wirtschaft aufzubauen, ohne die privaten Unternehmer aus der Fremde beizuziehen. Staatskredite für neue Fabriken, automatisch gedeckt durch wachsende, sich mit der vermehrten Wirtschaftskapazität von selbst vermehrenden Steuern genügen nach dieser Theorie. Und die Russen stehen hinter diesen Theorien und ihren Verfechtern als die

Garanten einer stillen Revolution, die als Stütze die «balkanischen Wahlen» verlangt, das heisst die Ausschliessung aller Parteien von den Wahlen, welche ihre Freunde im Westen mit privaten Krediten hereinrufen könnten. Das ist der Sinn des Marktes. Werden die Weststaaten noch hoffen dürfen?

Es wird ganz drauf ankommen, *welche weiteren Schwierigkeiten die Engländer und Franzosen anderwärts zu bewältigen haben werden*. Das heisst, ob sich zu dieser stillen, im Bereiche der russischen Vorherrschaft langsam fortschreitenden Revolutionierung nicht anderswo schärfere Auseinandersetzungen der westlichen Siegermächte mit ihren kolonialen Untertanen — und wir möchten heute dazu auch die Deutschen zählen — gesellen werden. Täuschen wir uns nicht, dann stehen wir *am Beginn einer gefährlichen Aufstandswelle namentlich in der arabischen Welt, dann in Indien, ferner in Burma, in Siam, in Französisch-Indochina, in ganz Niederländisch-Indien* — und wer weiss, bald auch im nördlichen Afrika — je nach den Ereignissen, die anderswo die mohammedanische Welt erschüttern. Es handelt sich ja, abgesehen vom Gebiet des brahmanischen Indien und des hinterindischen Buddhismus hauptsächlich um die mohammedanische Welt, in welcher die grösste Erregung herrscht.

Man hört von einer *unabhängigen Regierung auf Java* — hört von der erstaunlichen Tatsache, dass es die noch nicht entwaffneten Japaner sind, welche hier die «Ordnung» herstellen müssen — im Namen der später ankommenden britischen und niederländischen Entwaffner dieser Japaner. Sie unterstehen heute der *Kommandogewalt MacArthurs in Japan!* Man hat desgleichen in Saigon, der Hauptstadt französisch Cochinchinas, Japaner zu Hilfe rufen müssen, um die von aufständischen Annamiten bedrängten Franzosen zu schützen. Dazu wittern Siam und Burma Morgenluft; in Malaia wird für die Unabhängigkeit demonstriert; die Ablehnung des britischen Friedensvorschlags durch den indischen Kongress wurde gefolgt von *Unruhen in Bombay*, von *Protesten gegen den Einsatz indischer Truppen auf Java*. Forderungen, die je nachdem nicht nur platonisch erhoben, sondern mit schärfern Mitteln verfochten werden sollen. Das Ziel des Kongresses ist die *völlige Unabhängigkeit*, nicht nur das «Dominion-

Statut». Solange diese Forderungen sich gegen ein starkes Grossbritannien richten, das nicht anderswo moralisch und materiell bedrängt wird, bleibt sicherlich der indische Vizekönig mit seinen militärischen Machtmitteln Herr der Lage, vor allem, wenn *das alte Bündnis der Regierung mit den militärisch allein wichtigen 70 Millionen Moslims im Indusgebiet* intakt bleibt.

Sollten jedoch diese Mohammedaner renitent werden — sagen wir, aus Solidarität mit den Arabern, welche sich der Juden wegen mit England überwerfen könnten, und sollte die Unruhe auch in der nordafrikanischen und selbst in der Welt der Neger allgemein werden, dann müssten sich die USA als Garanten einschleichen. Es ist oft gesagt worden, USA würden schliesslich das Erbe Europas und namentlich auch Grossbritanniens antreten. Das war so lange Unsinn, als drüben der Isolationismus regierte und die aus «kommerzieller Beschränktheit» stammende Abneigung gegen jeglichen Imperialismus dem Weissen Hause in Washington jede aktive Ueberseepolitik verwehrte. Nach dem überwältigenden Waffensieg in Europa an dem sich die Amerikaner ein Hauptverdienst zuschreiben können, ergibt sich automatisch, dass sich die USA überall einschalten. So wird man erwarten, dass sie *in Indien* nicht mehr wie vor dem Kriege schlechthin die Kongressleute ermuntern, sondern dass sie versuchen werden, das Land zur Annahme des Dominion-Statuts zu bewegen. Die automatische Gegenleistung Englands wird die Oeffnung des riesigen Reiches für das amerikanische Kapital — in Gleichberechtigung mit dem britischen sein. (Und Indien — verspricht mehr als der Balkan!) Dasselbe wird sich im niederländischen Inselreich, in der an Produkten märchenhaft reichen «Insulinde», die noch unendliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet, ereignen. Und was Afrika angeht: Zwischen Marokko und dem Nil, zwischen Tunesien und der Goldküste werden wir im kommenden zweiten Halbjahrhundert überall amerikanisches Unternehmertum — und die amerikanische Macht als eigentlichen Garanten der Kolonialherrschaft Frankreichs und der andern Anteilhaber feststellen.

Noch sind wir nirgends so weit. Noch sind die irgendwie in den alten Rechenregeln befangenen Briten beispielsweise bereit, um kleiner Vorteile willen (welche sie bei richtiger Einkalkulierung Amerikas gar nicht brauchen), grosse Dummheiten und selbst Ungerechtigkeiten zu begehen. Man denke an den *provisorischen Beschluss der Londoner Konferenz, das ur-österreichische Süd-Tirol bei Italien zu belassen*. Alles im Bestreben, dem verbündeten Italien jene Chance zu lassen, welche das Land sympathiemässig an den Westblock binden wird. Brennergrenze und Triest, als Prestige-Erfolge! Und das wunde, wehrlose Oesterreich, das man doch moralisch aus dem Reiche lösen möchte, und die 250 000 antinazistischen und antifascistischen Südtiroler sollen diesen üblen Handel bezahlen. Kenner versichern, der Kommunismus sei im verelendeten Reiche (ohne «den Russen») im Kommen — und in Oesterreich ebenso, wenn die bisherige Behandlung sich nicht ändere.

Für die Reise

mod. echt Rindleder

Bügeltaschen

in Farben: natur, braun,
schwarz, zu Preisen von
Fr. 48.-, 54.-, 65.-, 72.-

mit höflicher Empfehlung

Hs. Zürcher, Sportartikel
Frutigen Tel. 8 01 92

Die bequemen

Strub-,

Bally-Vasano-

und

Prothos-Schuhe

Gebrüder
Georges
Bern Marktgasse 42